

als 2. Schiedsrichter aus privaten Gründen nieder-gelegt hat. Es wurde nun Kollege Suchy mit grosser Majorität als 2. Schiedsrichter gewählt. Kollege Suchy nimmt das Amt an und bedankt sich für das Vertrauen, welches die Kollegen durch Uebergabe dieses Amtes auf ihn gesetzt haben. Alsdann kritisiert Kollege Eggebrecht das unverünftige Verhalten einiger Kollegen, welche, die ihnen vom Arbeitsnachweis nachgewiesene Stellung nicht angetreten haben, es sogar nicht einmal für nötig hielten, sich zu entschuldigen oder dies dem Arbeitsnachweis anzuzeigen, damit die Stellen durch andere Kollegen besetzt werden könnten. Es stellte Kollege Mielitz den Antrag, welcher auch angenommen wurde, den Arbeitsnachweis durch eine Hilfskraft, und zwar, was die Hauptsache ist, durch einen Fachkollegen, zur besseren Regulierung zu unterstützen. Zu diesem Amt wurde Kollege Mielitz gewählt. Die Sache, betreffs der organisierten Steindruckerei, die den Kupferdruckern in verschiedenen Firmen ins Handwerk pfuschen, ist dem Hauptvorstand übergeben. Aus dem Verband ausgeschieden sind die Kollegen Ihle, Klein und Lange, die beiden letzten laut § 18 des Statuts. Unter »Verschiedenes« wurde der Aprilscherz eines Kollegen gerügt, der noch mehr Unheil hätte heraufbeschwören können, zum Glück aber noch so leidlich abgelaufen ist; und zwar mit der Mahnung an alle Kollegen, mit der Organisation keine Scherze zu treiben. Schluss 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

P. K.

Dresden, Chemigraphen. (Verspätet.) In der am 23. April im Gasthaus »Senefelder« abgehaltenen Versammlung hiesiger Chemigraphen-Filiale referierte Kollege Lithograph Paul Barthel über »Die Angriffe Schnetters und des Sonderverbandes gegen den Chemigraphentarif und den alten Verein«. Der Referent besprach zunächst die Kampfweise des »Lithograph«, die sich zum Gaudium der Unternehmer nicht gegen diese, sondern gegen die kämpfenden Kollegen des alten Vereins richtete und kam sodann auf die Bestrebungen, den alten Verein auch vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft anzuschwärzen, zu sprechen, die sich am besten in Schnetters Artikel in der sozialdemokratischen Wochenschrift »Neue Zeit« offenbart. Trotzdem der alte Verband das kleinliche Gekläff des »Lithograph« mit Recht keiner Beachtung für würdig erachte, so müsse doch gegen die Irreführung der deutschen Arbeiterschaft durch den erwähnten Artikel entschieden Stellung genommen werden und es sei zu begrüssen, dass die »Neue Zeit« einer Entgegnung des Kollegen Hehr ihre Spalten öffnete und einen zweiten Erwidierungsartikel aus der Feder des Vortragenden demnächst veröffentlichen wird. Der Referent kam sodann auf die Entwicklung des Tarifgemeinschaftsgedankens der gesamten deutschen Arbeiterschaft im ganzen und unserem Beruf im besonderen zu sprechen. Er wies nach, dass die von Schnetter angeführten, weiten Kreise der Tarifgegner immer kleiner werden und zeigte vor allem durch Angaben über die misslichen Verhältnisse in unserem Beruf, speziell im Lehrlingswesen und durch die Lehren der partiellen Bewegungen zu ihrer Hebung, dass nur durch die einheitliche Regelung der beruflichen Verhältnisse über das ganze Reich, durchgreifende Verbesserungen und die Grundlagen für den weiteren Ausbau geschaffen werden können. Diese einheitliche Regelung besteht in dem Abschluss einer Tarifgemeinschaft mit dem Unternehmer, die also für unseren Verband nicht nur wünschenswert, sondern direkt erstrebenswert ist. Das wissen auch viele Sonderverbändler, trotzdem ihr Verband offiziell gegen den Tarifstimmung macht. Es haben nicht alle den Mut der Konsequenz, vielleicht auch deshalb nicht, weil nicht jeder Lust hat, sich, wie der Kollege Hagen, wegen seinem freimütigen Bekennen als Tariffreund, in der gemeinsten Weise mit Schmutz bewerfen zu lassen. Dass auch Schnetter nicht absoluter Tarifgegner ist, geht aus dem Schluss einer Artikelserie im »Lithograph« hervor, wo er alle Forderungen des Lithographentarifs mit Ausnahme des Minimallohnes dem Sonderverband zur Unterstützung empfiehlt. Redner ist selbst kein Freund des tariflichen Minimallohnes, weil sich dieser durch die Regelung des Lehrlingswesens und die damit verbundene, bessere Ausbildung und Beseitigung der Ueberproduktion von Arbeitskräften von selbst regeln würde. Schnetter würde sich vielleicht auch nicht so künstlich über den Chemigraphentarif aufgeregt haben, wenn ihm nicht Punkt G. 1 über die Versperrung der Tariferrungenschaften für unorganisierte und damit auch der Sonderverbändler, die unter Ausserachtlassung des demokratischen Prinzips, der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, einen direkten Konkurrenzverband gründeten und deshalb in der modernen Arbeiterbewegung nicht mitzählen, stark in die Nase gefahren wäre. Man kann es aber den im alten Verband organisierten Chemigraphen nicht verdenken, wenn sie sich das durch Geldopfer, Risikierung ihrer Stellung und eventuell durch Kampf Errungene sichern wollten und wenn sie die indifferenten Elemente, die nicht zahlen und nichts zahlen, die häufig nur immer im Trüben fischen, den lachenden Dritten machen wollen und ernten wollen, wo sie nicht säeten, von den Vorteilen ausschlossen. Dadurch wird solchen Leuten die Notwendigkeit der Organisation begrifflich gemacht. Der hohe Prozentsatz der im alten Verband organisierten Chemigraphen beweist auch die Faden-schleimigkeit eines weiteren Schnetter'schen Vorwurfs, dass die Unternehmer durch den Tarif die Gehilfenorganisation zu ihren Zwecken ausnutzen wollen.

Gerade die Stärke des Verbandes hat den Unternehmer imponiert und zur Erfüllung der Gehilfenwünsche geneigert gemacht. Und die Beseitigung der Schmutzkonkurrenz liegt nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern auch in dem der Arbeiter, die ja stets die Folgen der Konkurrenz tragen. — Redner kam zu dem Resultat, dass die Chemigraphen auf ihren Tarif stolz sein können und dass er für den alten Verband als Ansporn gelten kann, zum thatkräftigen Eintreten für einen Tarif der Lithographen und Steindruckerei trotz aller Quertreibereien des Sonderverbandes. Die 1 $\frac{1}{2}$ stündigen Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und nach Erledigung einiger gewerkschaftlichen Angelegenheiten schloss Kollege Hensel die interessante Versammlung. G. H.

Dresden II. Am 7. Mai fand im Gasthaus »Senefelder« eine Lithographen-Versammlung statt. Zum Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Graf den Bericht vom 1. Quartal 1904. Wie aus demselben ersichtlich, ist die Mitgliederzahl der Filiale II im letzten Quartal von 174 auf 205 gestiegen. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen, dass unsere Organisation immer rüstig vorwärts schreitet. Als 2. Punkt der Tagesordnung war auf Beschluss der letzten Versammlung: Fortsetzung der Diskussion über Anträge zur General-Versammlung gesetzt worden. Nachdem der Vorsitzende Kollege Giegling zur besseren Orientierung, den Bericht der letzten Versammlung über die Diskussion verlesen hatte; wurde über die Frage der Beitragserhöhung weiter debattiert. Die Freunde, sowie die Gegner der Beitragserhöhung nahmen nochmals genügend Gelegenheit, die Gründe für und gegen eine Beitragserhöhung klar zu legen. Auch wurde die auf der General-Versammlung des Vereins Deutscher Steindruckbesitzer angenommene Resolution (Tarifgemeinschaft betreffend) mit in die Debatte gezogen und es wurde besonders betont; dass dieselbe uns ein Ansporn sein müsste, den Prozentsatz unserer Mitgliederzahl zu erhöhen und unsere Organisation weiter auszubauen. In der, zum Teil sehr heftigen Debatte wurde noch anerkannt, dass auch die Redner, welche gegen eine Beitragserhöhung gesprochen haben, nicht aus persönlichen Motiven, sondern (nach ihrer Meinung) aus Interesse zum Verein, gegen die Beitragserhöhung sind. Nachdem ein Antrag auf Schluss der Debatte Annahme fand, wurde folgende, vom Kollegen Röbert verfasste Resolution abgelehnt.

»Die Versammlung stellt beim Hauptvorstand den Antrag, den Punkt Beitragserhöhung durch Urabstimmung zu erledigen, um allen Kollegen die Gelegenheit zu geben, ihre Meinung durch Stimmenabgabe zu dokumentieren.«

Folgende, vom Kollegen Meinert gestellte Resolution wurde mit grosser Mehrheit angenommen.

»Die Dresdener Kollegen der Filiale II erklären sich für eine Beitragserhöhung aus Zweckmässigkeitsgründen und beauftragen ihren etwaigen Vertreter, auf der General-Versammlung dafür zu stimmen.«

Zu Punkt 3 »Gewerkschaftliches« wurden zunächst die Kollegen Röbert, Meinert und Ph. Müller in die zur Delegiertenwahl für die General-Versammlung nötige Wahlkommission gewählt. Hierauf gab Kollege Giegling bekannt, dass noch einige Karten zu den Volkstheateraufführungen im Residenztheater bei ihm zu haben sind. Kollege Kascha fragte an, warum die Eintrittskarten zu den Kunstsalons von Arnold & Richter nicht mehr für Gewerkschaftsmitglieder zu ermässigten Preisen zu haben sind. Koll. Giegling will diese Angelegenheit in der Arbeiter-kunstkommission in Anregung bringen. Es wurde von einem Kollegen noch ein Fall angeführt, wo bei der Firma Creutzburg von einem jungen Kollegen eine Stelle für 18 Mk. Wochenlohn besetzt wurde, welche früher viel höher bezahlt wurde. Der Verwaltung trifft in der Angelegenheit keine Schuld. Es wurde sehr bedauert, dass Kollegen sich für so geringen Lohn anbieten und vorher nicht erst Erkundigungen einziehen. Nachdem noch zur regen Beteiligung an der Gaupartie nach »Tetschen, Bodenbach« aufgefordert wurde, folgte Schluss der Versammlung. Ph. M.

Kirchhain N.-L. Monatsversammlung am 7. Mai. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal; 2. Wahlen; 3. Antrag; 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erstattete der Kassierer Bericht vom 1. Quartal. Da von den Revisoren alles in Ordnung befunden, wird dem Kassierer Decharge erteilt. Punkt 2 Wahlen. Gewählt werden die Kollegen Janneck, Lithogr., als 2. Vorsitzender, Kell Steindruckerei als Kartelldelegierter, Pischel, Lith., Brunnschmidt, Photo., als Krankenkassen-Vertreter, Kahler, Lithogr., als Arbeitsausschussmitglied. Die Lithographen bringen zu Punkt 3 einen Antrag ein, über das Verhalten des Sonderverbandes; es wird eine diesbezügliche Resolution gefasst, einstimmig angenommen, und soll auch in der »Graph. Presse« veröffentlicht werden:

»Wir verurteilen die Zersplitterungsversuche des Sonderverbandes aufs schärfste und geben hiermit die Versicherung, dass alle Aufforderungen und Zuschriften sowie die Sonderverbändler selbst, von uns ignoriert werden. Ferner fordern wir den Sonderverband auf, »Kirchhain« aus seinem Städteverzeichnis zu streichen, da hierorts keine Mitglieder vorhanden sind. Alle Versuche, die auslernenden Lehrlinge für das Verbändchen zu gewinnen, sind nutzlos.«

Punkt 3: Nach einigen internen Angelegenheiten verliert Vorsitzender ein Schreiben vom Hauptvor-

stande, betreffend die Delegiertenwahl zu der am 19. Juli stattfindenden Generalversammlung. Nach längerer Debatte wird Kollege Janneck, Lithogr., für alle Fälle als Kandidat aufgestellt. Hierauf schliesst der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Leipzig (Chemigr.). Versammlung vom 18. April im Restaurant »Stadt Hannover«. Tagesordnung: Anträge zur General-Versammlung, Gewerkschaftliches. Auf Grund der vorliegenden Resolution von letzter Versammlung wurde sofort über den Punkt »Beitragserhöhung« die Debatte eröffnet, an welcher sich die Kollegen sehr zahlreich beteiligten. Die Sprecher für Beitragserhöhung zur Stärkung des Kampffonds und Ausbau des Unterstützungswesens hatten viele Gegner gegen die Materie, weil nicht vorauszu sehen ist, dass nach 3 Jahren wieder die Steuerschraube angezogen werden wird. Der Kampffonds hat sich ständig ganz wesentlich gehoben, was jedoch als nicht am Platze gefunden wird, ist die zu grosse Unterstützung bei einer Beitragsleistung von 26 resp. 52 Wochen, wo über 200%, der eingezahlten Summe wieder herausgezahlt wird. Gerade diese Kollegen, welche das Hauptkontingent betr. Arbeitslosen-Unterstützung stellen, lassen ein grösseres Anwachsen des Kampffonds nicht zu. Auch wurde hervorgehoben, da wir durch den Organisationszwang eine grosse Anzahl Kollegen haben, welche dem Organisationsgedanken noch indifferent gegenüberstehen, wir unser Hauptaugenmerk erst auf Belehrung dieser Kollegen zu richten haben und nicht durch Beitragserhöhung diese noch ungünstiger zu stimmen auf die Organisationsbestrebungen. Von 5 eingegangenen Anträgen wird folgender mit grosser Majorität angenommen: »Die Sektion III (Chemigraphen) Leipzig erklärt: Wenn die 10 Pf. Mehrbeitrag zum Ausbau des Kampffonds benutzt werden, ist sie dafür. Wird derselbe zum Ausbau des Unterstützungswesens verwendet, ist sie dagegen. Jedoch soll eine Urabstimmung entscheiden. Betreffs der Unterstützungssätze ist man der Ansicht, den jungen Mitgliedern nicht die jetzigen hohen Sätze zu zahlen, um den alten Mitgliedern gegenüber gerecht zu werden. Vergleiche man den Unterschied zwischen einem einjährigen und einem dreijährigen Mitglied betr. der Unterstützungssätze. Da 26 Mk. eingezahlt und 54 Mk. erhalten, hier 78 Mk. eingezahlt und 72 Mk. erhalten. Auch der einheitliche Wochensatz wurde für richtiger befunden. Beantragt bei der Generalversammlung soll folgendes werden: »Nach 26 wöchentlich Beitragsleistung 3 Wochen zu 9 Mk., nach 52 Wochen 4 Wochen zu 9 Mk., nach 104 Wochen 6 Wochen zu 9 Mk. nach 156 Wochen 8 Wochen zu 9 Mk., nach 208 Wochen 10 Wochen zu 9 Mk. und so fort steigend um jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft, dass dasselbe 90% der eingezahlten Beiträge erhält. Ausgesteuerte erhalten erst nach 52 Wochenbeiträgen wieder Unterstützung. Zum Militär eingezogene Mitglieder erhalten nach 104 wöchentlichen Beitragszahlung pro Tag 1 Mk., um denjenigen nach Absolvierung der Militärzeit arbeitslosen Mitgliedern eine längere Unterstützung zu sichern.« Betr. Wieder-Eintritt soll folgende Passus eingeschaltet werden: »Denjenigen Berufskategorien angehörigen Mitgliedern, welche Organisationszwang haben, haben Wieder-Eintretende 10 Mk. Eintrittsgeld zu zahlen und erreichen erst nach 2jähriger Beitragszahlung Unterstützungsberechtigung.« Hierauf gelangte ein Vertagungsantrag zu diesem Punkt der Tagesordnung zur Annahme. Unter »Gewerkschaftliches« musste konstatiert werden, dass einzelne Geschäftstarkommissionen bezüglich des Lehrlingswesens etwas lax gearbeitet haben. Es wurde denselben aufgegeben, da, wo Tarifrührer vorliegen, dem betr. Chef Vorhalt zu machen, sofern dieses nichts nützt, dem Vertreter wahrheitsgemässen Bericht einzusenden. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten erreichte die, trotz der sehr wichtigen Tagesordnung nur mässig besuchte Versammlung ihr Ende.

Leipzig II. Am 24. April fand im Restaurant »Flora« eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt, woselbst als Hauptpunkt Berathung über eine eventuelle Beitragserhöhung auf der Tagesordnung stand. Als Referent für diesen Punkt fungierte Kollege Czech, als Korreferent Kollege Schumacher. Kollege Czech führte zunächst aus, dass die gegenwärtig obwaltenden Umstände in unsrer Organisation eine Erhöhung des Beitrages zur dringenden Notwendigkeit machen. Es werden für Berlin und Leipzig je ein besoldeter Verwaltungsbeamter gebraucht, dazu bedarf unser Unterstützungswesen einer statutarischen Neuregelung, etwa dahingehend, dass insbesondere bei Arbeitslosigkeit nach Absolvierung einer gewissen Karrenzeit die Unterstützung für eine längere Dauer als bisher gezahlt wird. Auch werden einige Härten im Unterstützungswesen zu mildern sein. Schliesslich müssen wir auch darauf bedacht sein, unseren Kampffonds zu stärken. Das alles sind Dinge, die im Interesse der äusseren und inneren Erstarbung unserer Organisation liegen und sich nicht umgehen lassen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die Beitragserhöhung eine der wichtigsten Fragen, die auf der Generalversammlung zur Verhandlung kommen werden. Der Redner empfiehlt einstimmige Annahme. Kollege Schumacher nahm hierauf das Wort zu seinem Korreferat. Zunächst betonte er, dass die Erhöhung des Beitrages keineswegs so notwendig ist, wie der Redner es geschildert. Für viel wichtiger und brennender hält er die Frage einer gänzlichen Umänderung des Unterstützungs-

